



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Doehn, Rud.: Die nordamerikanischen Präsidentschafts-Candidaten.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Orient rivalisirenden Großmächte sein. Wir würden es von Factionen im Innern zerrissen, wir würden es von recht gemeinem Egoismus einzelner Streber bewegt und wir würden es wie alle diese aus der Barbarei zur Halbbarbarei emporgekommenen Gemeinwesen bisweilen sich dunkelhaft gebenden sehen. Aber aller Anfang ist schwer, und trotz aller unerfreulichen Erwartungen von der nächsten Zukunft dieses Volkes nach seiner einstigen Befreiung wollen wir doch hoffen, daß dieselbe bald erfolge; denn diese Zukunft wird auf alle Fälle eine bessere, eine menschenwürdigere sein als die maßlos elende Gegenwart.

Die nordamerikanischen Präsidentschafts-Candidaten.

In unserm letzten, in diesen Blättern mitgetheilten Aufsätze über den „Ausruf der amerikanischen Reformfreunde“ erklärten wir, daß unter den Republikanern James G. Blaine und unter den Demokraten Samuel J. Tilden die meiste Aussicht hätten, als Candidaten für das Präsidentschaftsamt der Vereinigten Staaten aufgestellt zu werden. Dies ist denn auch unterdessen, was Tilden anbetrifft, vollkommen bestätigt worden; auch Blaine würde die Nomination der republikanischen Partei erlangt haben, wenn nicht, was wir als kein Unglück für die Union betrachten, der „blinde Eifer“ von Blaine's eigenen Freunden dies verhindert hätte. Nachdem nun aber die genannten beiden großen Parteien in den Vereinigten Staaten in ihren Nationalconventionen in Cincinnati (am 14. Juni) und in St. Louis (am 27. Juni) das entscheidende Wort gesprochen haben, ist es möglich geworden, die Stellung, welche diese Parteien in dem diesjährigen Wahlkampfe einnehmen, und die Chancen ihrer resp. Präsidentschaftscandidaten, etwas näher zu kennzeichnen.

Die hervorragendsten Candidaten der republikanischen Partei waren: James G. Blaine aus Maine, Benjamin H. Bristow aus Kentucky, Oliver P. Morton aus Indiana und Roscoe Conkling aus New-York, in zweiter Linie waren empfohlen: Gouverneur Rutherford B. Hayes aus Ohio, General-Postmeister Jewell aus Connecticut und Gouverneur John F. Hartranft aus Pennsylvanien. Bei der ersten Abstimmung auf der Nationalconvention zu Cincinnati war das Stimmenverhältniß der einzelnen Präsidentschaftscandidaten folgendes: Blaine erhielt 291, Morton 125, Bristow 113, Conkling 93, Hayes 65, Hartranft 58 und Jewell 11 Stimmen. Das

Votum für Morton und Conkling, die bekannten Anhänger der corrupten Grantpartei, wurde bei jeder folgenden Abstimmung geringer. Beim vierten Ballottement fiel Bristow's Votum auf 126 und Blaine's beim sechsten Ballottement auf 308 Stimmen. Es waren im Ganzen 756 Delegirte aus den verschiedenen Staaten und Territorien der Union in der Nationalconvention zu Cincinnati versammelt; die zur Nomination eines Candidaten nothwendige Stimmenzahl war mithin 379. Beim fünften Wahlgange fing das Votum von Hayes an zu steigen. Der alte Gouverneur Howard von Michigan erinnerte daran, daß Hayes bei früheren Staatswahlen schon drei prominente Demokraten besiegt habe: Allen G. Thurman, George H. Pendleton und William Allen. Wenn er dies in früherer Zeit zu Stande gebracht habe, so würde er jetzt auch den Kampf mit einem demokratischen Präsidentschaftscandidaten siegreich bestehen können. Mit diesen Worten warf Howard die 22 Stimmen des Staates Michigan für Hayes in die Waagschale. Beim sechsten Ballottement erhielten Blaine, wie gesagt, 308, Hayes 113, Bristow 111, Morton aber nur 85 und Conkling 81 Stimmen. Nach der Verkündung dieses Resultates durch den Vorsitzenden der Convention, Herrn Edward Mc. Pherson von Pennsylvanien, entstand eine gewaltige Aufregung unter den Delegirten. Die verschiedensten Muthmaßungen und Gerüchte durchschwärmten die Luft. Donald Cameron, der Führer der 58 Stimmen starken Delegation von Pennsylvanien, fühlte sich durch die übereifrigen Freunde Blaine's und deren unkluge Taktik schwer verletzt; Herr Dana von Massachusetts erklärte, Blaine würde bei der Präsidentswahl im November die Majorität der Stimmen dieses Staates nicht erhalten; ähnlich äußerten sich die Vertreter des Staates New-York. Von verschiedenen Seiten wurde auch behauptet, daß die Partei der unabhängigen Reformfreunde unter keiner Bedingung für Blaine stimmen würden, und so geschah es schließlich, daß, nachdem die Namen von Bristow und Morton von der Liste der Candidaten zurückgezogen waren, im siebenten Wahlgange Hayes 384, Blaine 351 und Bristow 21 Stimmen erhielten. Die Gegner von Blaine hatten sich mithin auf Hayes als einen Compromißcandidaten geeinigt und ihn zum Bannerträger der republikanischen Partei in der kommenden Präsidentswahl gemacht. Für das Amt des Vicepräsidenten wurde William A. Wheeler von New-York fast ohne alle Opposition nominirt.

Die Kunde, daß Blaine, Morton und Conkling auf der republikanischen Nationalconvention zu Cincinnati Rutherford B. Hayes gegenüber unterlegen seien, machte auf die Demokraten nicht gerade den erfreulichsten Eindruck. Sie wußten wohl, daß keiner der drei erstgenannten Candidaten im Stande gewesen wäre, das gesammte Votum der republikanischen Partei auf sich zu vereinigen, namentlich würden die unabhängigen Reformfreunde

unter der Führung von Karl Schurz, Dana u. A. niemals weder für Blaine, noch für Morton, noch für Conkling gestimmt haben. Anders war dies mit Hayes, dessen Privatcharakter rein und der nach keiner Seite hin compromittirt ist. Bezeichnend ist, was nach der Niederlage des ebenso warm vertheidigten, wie bitter gehaßten Blaine und vor dem Zusammentreten der demokratischen Nationalconvention in St. Louis die liberal-demokratische „New-Yorker Staatszeitung“ schrieb; sie äußerte sich in Bezug auf das Resultat der republikanischen Nationalconvention zu Cincinnati u. A. also: „In Hinsicht auf die große Gefahr, welche der republikanischen Partei durch Blaine's Nomination drohte, mögen alle Diejenigen, welche an dieser Partei festzuhalten gedenken, erleichtert aufgeathmet haben, als sie die Nomination von Hayes erfuhren. Bei der Heftigkeit, mit welcher der Kampf Seitens Blaine's und seiner Anhänger geführt wurde, ist allerdings anzunehmen, daß bei jenem eine sehr bittere Stimmung zurückbleibt; aber die amerikanischen Politiker sind daran gewöhnt, solche Willen hinunterzumürgen, und sobald die Blaine-Leute nüchtern geworden sind, müssen sie einsehen, daß die Nomination von Hayes für die Partei bessere Aussichten eröffnet. Hayes ist politisch sehr unbedeutend, aber er ist persönlich rein und die Partei wird an ihm nichts zu vertheidigen haben, als eben seine Unbedeutendheit. Er ist weder mit der Grant'schen Administration, noch mit den Sünden und Mißgriffen der republikanischen Congresse in einer Weise identificirt, daß man ihn persönlich mehr dafür verantwortlich machen könnte, als irgend einen republikanischen Sinz oder Kunz. Auf der andern Seite ist er aber auch durchaus kein Mann, von dem man erwarten könnte, daß er dem Reform-Gedanken genügenden Ausdruck zu geben vermöchte. Das Schicksal von Hayes und der republikanischen Partei wird in St. Louis entschieden werden. Die Demokratie hat — dies möge sie sich gesagt sein lassen — jetzt jedenfalls eine viel schwierigere Aufgabe, als sie gehabt hätte, falls Blaine, Morton oder Conkling in Cincinnati nominirt worden wären. Die Parteivorurtheile der Republikaner wären durch die Demokraten viel leichter zu überwinden gewesen, wenn es sich um einen so ausgesprochenen Repräsentanten der Corruption und Mißregierung gehandelt hätte, wie die oben genannten drei Persönlichkeiten es sind. Um die Stimmen von Hayes abzugiehen, muß die Demokratie viel besser dastehen, als es nothwendig gewesen wäre, um sie von Blaine, Morton und Conkling abzugiehen.“

Ähnliche Erwägungen herrschten denn auch in der demokratischen Nationalconvention in St. Louis am 27 Juni d. J. vor. Schon beim zweiten Wahlgange erhielt der beste und stärkste der demokratischen Präsidentschaftscandidaten, Gouverneur Samuel J. Tilden von New-York die nach demokratischem Gebrauche erforderliche Zweidrittelmajorität zur Nomination

für das Präsidentenamt; seine Mitbewerber waren Thomas A. Hendricks von Indiana, Hancock Allen, Bayard, Pöcker und Thurman. Für das Amt des Vicepräsidenten wurde alsdann der ebengenannte Hendricks nominirt.

Was nun die Wahlmanifeste anbetrifft, welche von den Republikanern in Cincinnati und von den Demokraten in St. Louis angenommen wurden, so lassen beide manches zu wünschen übrig. Die beiden Hauptpunkte, um die es sich bei der kommenden Präsidentenwahl handelt, die Geldfrage und die Aemterfrage, sind nicht klar und deutlich genug hingestellt; der Grund davon liegt darin, daß namentlich in der Geldfrage sowohl in der republikanischen Partei, wie vorzugsweise in der demokratischen, starke Meinungsverschiedenheiten obwalten. „Im Uebrigen darf nicht vergessen werden, daß solche Manifeste oder „Plattformen“, wie ein deutsch-amerikanisches Blatt, „der Stern des Westens“, sich ausdrückt, „nur gezimmert werden, um nach der Wahl wieder abgebrochen zu werden, wie etwa Triumphbogen bei feierlichen Gelegenheiten.“ Die Hauptsache ist und bleibt die Persönlichkeit, der innere Werth und Charakter des zukünftigen Präsidenten. Ganz ohne praktische Bedeutung sind aber deshalb die Plattformen doch nicht, schon deshalb nicht, weil dieselben während des bevorstehenden Wahlkampfes in öffentlichen Versammlungen und in der Presse von den verschiedensten Seiten beleuchtet, angegriffen und vertheidigt werden. Die Republikaner versprechen die „Wiederaufnahme der Baarzahlung“ (redemption of the United States notes in coin) zu einem möglichst frühen Zeitpunkt“ (at the earliest practicable period), und dieser Zeitpunkt soll herbeigeführt werden“ durch ein andauerndes und ständiges Fortschreiten zur Baarzahlung“ (by a continuous and steady progress to specie payment). Diese Worte klingen schon recht gut, doch wäre es noch besser gewesen, wenn man jenen „möglichst frühen Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Baarzahlung ganz genau fixirt hätte, wie dies durch jenen republikanischen Congressbeschuß geschehen ist, demgemäß die Baarzahlung mit dem Jahre 1879 beginnen soll. Die demokratische Plattform, die sich im Wesentlichen auch gegen das System des uneinlösbaren Papiergeldes ausspricht, will aber die Wiederaufnahme der Baarzahlung ausdrücklich noch über das Jahr 1879 hinaus verlegt sehen. Reform im öffentlichen Dienste verlangen beide Plattformen; gründliche Besserung im Aemterwesen wird aber, wie gesagt, nur hervorgerufen werden können durch die Energie und Charaktertüchtigkeit des neuen Präsidenten und durch einen ehrenhaften Bundesenat, denn letzterer hat bekanntlich die vom Präsidenten gemachten Amtsernennungen zu bestätigen.

Beide Plattformen berühren die in jüngster Zeit brennend gewordene Chinesenfrage und die Polygamie der Mormonen. Während sie die Unsitlichkeit der letzteren verurtheilen und die Polygamie überhaupt abgeschafft

wissen wollen, empfehlen sie der massenhaften mongolischen Einwanderung gegenüber eine weise und zeitgemäße Gesetzgebung. Es sind namentlich die am Stillen Meere gelegenen Unionsstaaten, die sich über die demoralisierende Einwirkung der Chineseneinwanderung beklagen. Hinsichtlich der Schul- und Kirchenfrage, die, Dank der ultramontanen Propaganda, auch in den Vereinigten Staaten immer mehr in den Vordergrund gedrängt wird, verlangen die Republikaner energisch den Schutz des Freischulsystems und fordern zu dem Ende ein neues Amendement zur Bundesverfassung, wodurch der böse Einfluß alles religiösen Sektenwesens verhindert und unmöglich gemacht werden soll; die Demokraten gehen in diesem Punkte scheinbar noch weiter, indem sie eine vollständige Trennung der Kirche vom Staate wünschen. Wenn man erwägt, daß die römisch-katholische Partei in der nordamerikanischen Union seit längerer Zeit mit den Demokraten liebäugelt, so dürfte die Annahme nicht ganz ungerechtfertigt sein, daß es der demokratischen Partei mit ihrem Verlangen nach einer vollständigen Trennung von Kirche und Staat weniger auf die Aufstellung eines freisinnigen Princips, als auf die Gewinnung von römisch-katholischen und ultramontanen Stimmen ankommt. Zu loben ist in der republikanischen Plattform, daß sie auf Einschränkung der übermäßigen Landverschenkungen an Eisenbahngesellschaften dringt, daß sie die Versöhnung der alten Gegensätze und des alten Haders zwischen den Süd- und Nordstaaten angelegentlichst empfiehlt und die nationale Einheit der Union eindringlich hervorhebt. In letzterer Beziehung muß übrigens auch rühmend erwähnt werden, daß die demokratische Partei in ihrem Wahlmanifeste sich offen gegen alle Sondergelüste erklärt und sich damit ohne Rückhalt auf den Boden der durch die Beendigung des Secessionskrieges und die Unterwerfung der Südstaaten gegebenen Thatsachen stellt. Eine recht zeitgemäße Forderung enthält endlich noch das Programm der Demokraten in dem Verlangen, daß die in den Vereinigten Staaten herrschenden, übermäßig hohen Schutzzolltarife (nahezu 4000 verschiedene Handelsartikel sind mit mehr oder minder hohem Zolle belegt) abgemindert, resp. aufgehoben werden möchten. Bemerkte muß allerdings hierbei werden, daß die Union ohne Schutzzoll fürs Erste nicht wohl auskommen können, da die Hauptrevenue der Centralregierung in Zolleinnahmen bestehen. Schließlich sei noch kurz hervorgehoben, daß beide Wahlmanifeste vielfach zu heftige gegenseitige Anklagen enthalten.

Wenn in einigen deutschen Zeitschriften und Zeitungen die Bemerkung gemacht wird, daß die durch Karl Schurz und dessen Freunde ins Leben gerufene Reformbewegung „mit dem größten Skepticismus“ aufgenommen werden müsse oder daß dieselbe „gänzlich mißlungen sei“, so ist dadurch nur der Beweis geliefert, daß die amerikanischen Parteiverhältnisse von

den bezeichneten Zeitschriften und Zeitungen recht wenig gekannt und verstanden werden. Die Geschichte der Nationalconventionen in Cincinnati und St. Louis lehrt sehr deutlich, wie sehr sowohl die Republikaner, wie die Demokraten auf die Machtstellung der unabhängigen Reformfreunde Rücksicht genommen haben; einzelne amerikanische Blätter sprechen dies in der unumwundensten Weise aus, so z. B. die sehr einflußreiche „New-Yorker Staatszeitung“ und die vielgelesene „New-York Tribune; letztere sagt u. A. in Bezug auf die Compromißnomination von Rutherford B. Hayes: „Was immer die unabhängigen Reformfreunde im nächsten November zu thun beschließen mögen, sie haben unter allen Umständen die Genugthuung (the satisfaction) zu wissen, daß sie sehr viel (a great deal) zur Reinigung der Partei, zu der sie sich naturgemäß hingezogen fühlen, und zur politisch-moralischen Erhebung derselben beigetragen haben.“ Eine offenbare Fälschung der Geschichte aber ist es, wenn in einer sonst hochachtbaren Wochenschrift erzählt wurde, Benjamin S. Bristow, der bevorzugte Candidat der amerikanischen Reformpartei, habe auf der republikanischen Nationalconvention nicht mehr als 20 Stimmen auf sich vereinigen können, während er doch thatsächlich bei dem ersten Wahlgange 113 und beim vierten 126 Stimmen erhielt, ganz abgesehen davon, daß Hayes' Nomination wesentlich durch den Einfluß der Reformpartei zu Stande kam.

Viel richtiger, als die bezeichneten deutschen Zeitschriften und Zeitungen es thun, beurtheilt die englische Presse die in Rede stehende Frage. Bei einer Vergleichung der von den beiden großen amerikanischen Parteien nominirten Präsidentschaftscandidaten sind die Londoner Zeitungen nahezu einig darin, daß die Demokraten in Samuel J. Tilden den besseren Mann auf den Schild erhoben haben. Die „Times“ ist der Ansicht, daß „die mächtige, wenn auch unorganisirte Bewegung“, welche unter dem Namen „Reform“ sich in jüngster Zeit in den Vereinigten Staaten geltend gemacht hat, ihr Gewicht zu Gunsten des Gouverneurs von New-York in die Waagschale geworfen hat. Dies sei auch durchaus nicht ungerechtfertigt. Tilden's Dienste bei der Niederschmetterung der Corruption im Staate New-York hätten die Hoffnung eingesflößt, daß er als Präsident sowohl den Willen, wie die Kraft haben würde, die organisirte Corruption in Washington anzugreifen. Auch solche, die einen Kampf gegen die Corruption für hoffnungslos ansehen, seien von Bewunderung erfüllt wegen Tilden's energischen und wirksamen Widerstandes gegen die Papiergeldleute in seiner eigenen Partei. Die Hoffnung der Letzteren auf eine Verwirklichung ihrer Absichten sei durch die Verwerfung der von ihnen proponirten Klausel für das in St. Louis entworfene Parteiprogramm vernichtet worden. Die einstimmige Ernennung des, wenn auch nur in gemäßigter Weise mit ihnen gehenden Thomas A. Hendricks zum Candidaten für die Vicepräsidentschaft, würde sie wahrscheinlich bewegen, für

den ihnen sonst antipathischen Tilden zu stimmen. Andererseits sei es auch wieder möglich, daß die Ernennung von Hendricks den Demokraten in den Augen der Unabhängigen schaden könne. Letzteres ist allerdings sehr wohl möglich, wenn nicht gewiß; heißt es doch bereits, daß eine nicht geringe Anzahl von Reformfreunden zwar Tilden für die Präsidentschaft unterstützen, an die Stelle von Hendricks aber einen andern Candidaten ernennen will.

Zum Schlusse wollen wir noch bemerken, daß wenn es sich bestätigen sollte, daß Karl Schurz, Dana und viele andere Reformfreunde sich für die republikanischen Nominationen entscheiden, eine nicht geringe Anzahl der unabhängigen Reformmänner für Tilden in die Schranken treten wird. Erklärte doch der hochachtbare Charles Francis Adams jun. auf der „freien Konferenz“, welche die Reformfreunde im Mai d. J. zu New-York abhielten, ganz offen: „Es giebt einen erfahrenen Staatsmann in der Union, einen Mann von hohem, erprobtem Charakter. Er heißt Samuel J. Tilden, und ihn würde ich, wenn er nominirt wird, als den nächstbesten Mann nach Benjamin S. Bristow unterstützen können.“

Rud. Doehn.

Otto Liebmann, zur Analysis der Wirklichkeit. *)

Seitdem die deutsche Philosophie von den Verirrungen der Büchner'schen Kraft- und Stoff-Periode einigermaßen sich erholt hat und aus dem Opiumrausch des Schopenhauer'schen Traumpessimismus wieder erwacht ist, scheint aus dem Gewirr widersprechender Parteimeinungen eine zwiefache Parole am hörbarsten hervorzuklingen. „Wiederanknüpfen an Kant!“ die eine; „eine Verständigung der philosophischen Speculation mit der exacten Naturwissenschaft!“ die andere. Beide Mahnrufe, deren ersten Otto Liebmann schon vor zehn Jahren in einer kleinen geistreichen Schrift mit Erfolg angestimmt hat, scheinen uns als Ergebnis derselben geschichtlichen Prämissen und bilden nur den Avers und Revers einer und derselben Gedankenrevolution. Ein durchaus gesunder Rückschlag gegen die im ersten Drittel des Jahrhunderts sich überspeculirte Schulphilosophie, gegen deren abnormste Treibhausblüthe, den Hegelianismus, gegen den darauf folgenden materialistischen Kasenzimmer —

*) Zur Analysis der Wirklichkeit. Philosophische Untersuchungen von Otto Liebmann. Straßburg, Verlag von Trübner, 1876.